

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Bernh. Ott, Düsseldorf 100, Tannenstraße 35. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 35. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

## Arbeitsamkeit.

Arbeit, edle Himmelsgabe,  
In der Menschen Heil erkoren,  
Nie bleibt ohne Trost und Labe,  
Wer sich deinem Dienst geschworen;  
Dir entspringt das Weiße Labe,  
Und dich meiden nur die Loren;  
Ungeklärt von deinem Stabe,  
Ach, wie oft wär' ich verloren!  
Sag mir, edle Himmelsgabe,  
Ereu dir bleiben bis zum Grabe!

(Bodenstedt.)

## Mitgliederentwicklung, Vermögens- und Rassenverhältnisse unseres Verbandes.

(Kurzer Auszug aus dem gedruckten Geschäftsbericht an die Verbandsgeneralversammlung 14.—17. August 1921 zu Münster.)

Während die früheren Verbandsgeneralversammlungen in der Regel frühestens im September stattfanden, findet die diesjährige Generalversammlung bereits Mitte August statt. Die Notwendigkeit, den Termin früher zu legen, ergab sich aus dem Umstand, daß das Inkrafttreten der Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung zum 1. Oktober auf Schwierigkeiten stößt, wenn die Verbandsgeneralversammlung erst kurz vor dem 1. Oktober stattfindet.

Mit der Verlegung der Verbandsgeneralversammlung auf einen früheren Termin ergab sich auch die Notwendigkeit, den Geschäftsbericht zu einem früheren Termin abzuschließen. Die Verbandsentwicklung und Verbandstätigkeit, insbesondere auch die Abrechnungsergebnisse (Abrechnungen der Ortsgruppen) im zweiten Quartal 1921 konnten vor der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes nicht mehr erfaßt und verwertet werden. Die Berichtszeit umfaßt deshalb nicht den Zeitraum von zwei vollen Jahren, sondern erstreckt sich vom 1. Juli 1919 bis 1. April 1921, also auf 1 1/2 Jahre.

### Mitgliederentwicklung.

Die Mitgliederentwicklung konnte in der Berichtszeit nicht in dem Maße vorwärtsschreiten wie in der „Sturm- und Drangperiode“ 1918 und Anfang 1919. Immerhin ist aber doch eine erfreuliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Der Mitgliederstand am 1. April 1921 betrug 110 252, gegen 72 990 am 1. Juli 1919. Die Zunahme beträgt mithin 37 262. Die Mitgliederentwicklung wird naturgemäß durch den wenig konstanten Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie mitbeeinflusst. Würde die Textilindustrie wieder die Beschäftigungsziffern der Friedenszeit aufweisen, wäre die Mitgliederzahl entsprechend höher. Unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es in der Textilindustrie nur noch vereinzelt. Mithin hat die Mitgliederzunahme in erster Linie heute einzusehen bei dem Zuwachs, den die Industrie an Arbeitskräften bekommt. Hier kommen in Frage die bei besserem Geschäftsgang neu eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen und die Jugendlichen, welche nach der Schulentlassung in der Textilindustrie Arbeit nehmen. Die Zahl der letzteren war während der Berichtszeit infolge der schwankenden Beschäftigungsziffern nur eine beschränkte. Des weiteren darf die Mitgliederzunahme nicht vor dem Mitgliedsbuch anderer Verbände, insbesondere des Deutschen Textilarbeiterverbandes, halt machen. Selbstverständlich darf eine solche Agitation nicht mit unfairen Mitteln (mit Beschneidung niedrigerer Beiträge, unsachlicher und persönlicher gegenseitiger Bekämpfung usw.) betrieben werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden kann nie so verstanden werden, daß eine gegenseitige Agitation mit loyalen Mitteln (Werbung auf Grund der Ideen) nicht erlaubt sein soll. Die verschiedenen Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung fußen auf der Verschiedenheit der Weltanschauung. Der schnelle Zustrom von früher unorganisierten Massen in die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren hat es mit sich gebracht, daß in den auf sozialistischer Weltanschauung fußenden freien Gewerk-

schaften tausende und abertausende von christlich gesinnten Arbeitern und Arbeiterinnen sich befinden. Hier und da macht sich allmählich eine größere Klärung bemerkbar, welche auch dadurch nicht verhindert wird, daß von gegnerischer Seite unser Verband, sowie die christlichen Gewerkschaften überhaupt als Hort der Reaktion und die freien Gewerkschaften als wirklich neutrale und „freie“ Interessenvertretung hingestellt werden.

Eine besondere Agitation im letzten Winter zur Zurückgewinnung „fallengelassener“ Gebiete im Verbandsbereich den ziffernmäßigen Erfolg von 6500 Mitgliedern; 2300 männliche und 3200 weibliche.

Die Mitgliederzunahme erstreckt sich auf alle Bezirke, wenn — wie aus der statistischen Aufstellung zu ersehen ist — auch nicht prozentual überall gleichmäßig. Die geographische Verteilung des Mitgliederstandes ergibt, daß nach wie vor der Schwerpunkt des Verbandes im Westen liegt. In manchen „Außenbezirken“ wird sich unser Verband hoffentlich im Laufe der nächsten Berichtsperiode eine stärkere Position schaffen können.

Bemerkt sei hier noch, daß die in dem neuen Staatswesen Tschechoslowakei ehemals im österreichischen christlichen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von ihrem alten Verband losgerissen wurden. Die abgetrennten Bezirke an der deutschen Grenze suchten Fühlung mit uns und wurden als besonderer Bezirk vorübergehend unserem Verbande angeschlossen. Später, als die Bewegung mehr selbständig wurde, wurde die Abtrennung von unserem Verbande vorgenommen und bildeten die tschechischen Grenzbezirke einen eigenen Verband der christlichen Textilarbeiter für die Tschechoslowakei.

Durch die Lostrennung von Eupen und Malmedy vom Rheinland ergab sich die Notwendigkeit, die in dem Gebiet gelegenen Ortsgruppen, welche zum Teil mit zu den ältesten Gruppen unseres Verbandes gehörten, an den belgischen christlichen Textilarbeiterverband abzutreten.

### Zahlenmäßige Darstellung der Mitgliederbewegung im Allgemeinen.

|                                |        |
|--------------------------------|--------|
| Mitgliederzahl am 1. Juli 1919 | 72 990 |
| Davon männliche                | 24 965 |
| weibliche                      | 48 025 |

|  |         |
|--|---------|
| Am 31. März 1921 betrug die Mitgliederzahl | 110 252 |
| Davon männliche                            | 39 273  |
| weibliche                                  | 70 979  |

Die Zunahme betrug also bei den männl. 14 308 = 57,3% bei den Arbeiterinnen 22 954 = 47,8%

Die einzelnen Quartale zeigen folgendes Bild:

|  | männl.      | weibl. | zus.    |
|--|-------------|--------|---------|
| Mitgliederz. a. Schl. d. II. Quart. 1919 | 24 965      | 48 025 | 72 990  |
| „ „ „ „ III. „ „                         | 30 358      | 56 283 | 86 641  |
| „ „ „ „ IV. „ „                          | 33 143      | 60 880 | 94 023  |
| „ „ „ „ I. „ „                           | 1920 35 585 | 66 048 | 101 633 |
| „ „ „ „ II. „ „                          | 37 122      | 64 030 | 101 152 |
| „ „ „ „ III. „ „                         | 36 864      | 64 234 | 101 098 |
| „ „ „ „ IV. „ „                          | 38 944      | 69 669 | 108 613 |
| „ „ „ „ I. „ „                           | 1921 39 273 | 70 979 | 110 252 |

Die im Interesse der Arbeiterschaft notwendige

### Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

insbesondere mit dem Deutschen Textilarbeiterverbande, in praktisch gewerkschaftlichen Fragen, konnte nicht immer durchgeführt werden. Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite. Bereits Anfang des Jahres 1920 trat unser Verband an die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes heran mit dem Antrage, ein gemeinsames Abkommen über eine entsprechende praktische Zusammenarbeit zu treffen. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes lehnte das ab. Er lehnte es auch ab, daß die Zentralvorstände beider Verbände eine gemeinsame Erklärung dahin abgaben, daß sie den Terrorismus verurteilten. Besonders das letztere ist sehr bezeichnend. Im Laufe der Berichtszeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Mitglieder unseres Verbandes durch Majoritäten des Deutschen Textilarbeiterverbandes in den letzteren hineingezwungen bzw. solche Zwangsversuche unternommen wurden. Wiederholt wurden Arbeitgeber vor die Alternative gestellt: „Entweder die Christlichen werden entlassen oder der Betrieb wird stillgelegt und wir treten in den Streik!“ Hier und da haben Arbeitgeber, speziell in Schlesien, diesem Druck nachgegeben. Daß die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes solchem Treiben

nicht öffentlich entgegentrat, wirft ein sehr schlechtes Licht auf sie. Noch bezeichnender für die Geistesverfassung im Deutschen Textilarbeiterverbande ist, daß starke Schimpfregister gegen unsern Verband gezogen wurden, als einige der Terroristen auf Veranlassung unseres Verbandes vom Gericht verurteilt worden. Es muß um den Glauben an die Sieghaftigkeit der Idee des Sozialismus sehr schlecht bestellt sein, wenn man mit brutaler Gewalt und Brotlosmachung eigene Arbeitsbrüder zwingt, sich zum Sozialismus zu bekennen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie hat sich wiederholt mit der Frage der Wahrung der Koalitionsfreiheit beschäftigt, wofür die Ursache das Verhalten des Deutschen Textilarbeiterverbandes war. Auch versuchte der Deutsche Textilarbeiterverband in Bezirksgruppen der Arbeitsgemeinschaft, wo unser Verband in der Minorität ist, denselben auszuschalten. Noch heute ist nicht überall die paritätische Hinzuziehung unseres Verbandes in den Bezirksgruppen gewährleistet. Es handelt sich hier in erster Linie um eine Frage der Gerechtigkeit und nicht um die Frage der Schädigung unseres Verbandes. Letzten Endes wird dieses Verhalten den Deutschen Verband selbst mehr schädigen als uns. Der Vollständigkeit halber sei noch betont, daß der Deutsche Textilarbeiterverband nach einer lebhaften Auseinandersetzung im Sozialausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft sich bereit erklärte, den Terrorismus seiner Mitglieder zu verurteilen, wenn unser Verband sich ausdrücklich gegen das Vorgehen der Geistlichen und Kirchenbehörden wenden würde, welche die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften als unvereinbar mit der praktischen kirchlichen Betätigung erklärt hätten und die entsprechenden Konsequenzen daraus zögen. Ein solches Ansinnen mußten wir selbstverständlich ablehnen, denn es ist klar, daß wir weder verantwortlich sein können für das Vorgehen von Geistlichen und kirchlichen Behörden, noch irgendwie ein Recht haben nach der Richtung hin Vorschritten zu machen. Wir tragen Verantwortung für dasjenige, was zu unserem Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet gehört und stellen auch an den Deutschen Textilarbeiterverband nicht das Ansinnen, die Verantwortung für ihm in der Weltanschauung nahestehende Korporationen, welche gegen uns evtl. vorgehen, verantwortlich zu sein. Solange der Deutsche Verband sich nicht dazu aufschwingen kann, den Terrorismus seiner Mitglieder gegen unsere Mitglieder auf der Arbeitsstelle zu verurteilen — und zwar vorbehaltlos zu verurteilen, wie wir es auch tun — bleibt die im Interesse der Arbeiter notwendige wirtschaftliche Zusammenarbeit in Frage gestellt.

### Die Zahl der Ortsgruppen

beträgt 511 gegenüber 388 am 1. Juli 1919. Im Interesse einer besser funktionierenden Geschäftsführung und größerer Einheitlichkeit erscheint mehr Zentralisation geboten. Mehrere kleinere Ortsgruppen würden zweckmäßig der nächstgelegenen größeren Gruppe angegliedert werden können. Auch wird die Geschäftsführung der Ortsgruppen im Bereich eines Sekretariates noch mehr zusammengefaßt werden können. Die jetzige Zersplitterung ist in mancher Beziehung hemmend.

### Die Zahl der Verbandsangestellten

einschließlich der an der Zentralstelle Beschäftigten beträgt 91. (Unter den 91 Verbandsangestellten befinden sich 7 weibliche.) Dazu kommen noch 16 Hilfskräfte, von denen 5 an der Zentralstelle und 11 in den Bezirken tätig sind. Im Durchschnitt kommt am 1. 4. 21 (ohne Hilfskräfte) auf ca. 1200 Mitglieder ein Verbandsangestellter. Je nach der Lage des Bezirkes (räumliche Verhältnisse, Zahl der Betriebe usw.) ist die angegebene Durchschnittszahl unterschritten oder überschritten. Während in den meisten westlichen Bezirken auf eine höhere als die angegebene Durchschnittszahl ein Verbandsangestellter kommt, ist in den weiteren „Außenbezirken“ die durchschnittliche Zahl der Mitglieder, auf die ein Verbandsangestellter kommt, höher.

### Mehr denn je ergibt sich die Notwendigkeit intensiver Schulung

sowohl der Mitglieder, wie auch insbesondere der Verbandsfunktionäre. Die von den Gewerkschaften zu lösenden Aufgaben sind heute viel größer wie früher. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hielt im Jahre 1920 einen mehrwöchentlichen Kursus für Verbandsangestellte ab, der voraussichtlich zu einer alljährlich sich

wiederholenden Einrichtung wird. Am staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster finden sogenannte Betriebsrätekurse statt. An diesen Schulungseinrichtungen haben jeweils Angestellte unseres Verbandes teilgenommen. Eine gute Durchbildung der Verbandsangestellten ermöglicht auch die notwendige Schulung der Mitglieder. Auch an der Zentralstelle unseres Verbandes sollen von Zeit zu Zeit besondere Kurse für die Verbandsangestellten, insbesondere für die jüngeren, stattfinden. Der erste Kursus hat bereits stattgefunden. Sobald noch mehr Stetigkeit in die gewerkschaftliche Arbeit hineinkommt und die Verbandsangestellten nicht mehr allzusehr mit sonstigen gewerkschaftlichen Arbeiten überladen sind, muß die Schulungsarbeit der Mitglieder in vermehrtem Maße aufgenommen werden. In Schulung der Betriebsräte, Vorstände usw. konnte in der verfloßenen Berichtsperiode schon manches geschehen. Je mehr nach der Richtung hin geschieht, wird erreicht, daß dem Wachstum des Verbandes in die Breite auch das Wachstum in die Tiefe entspricht und eine größtmögliche innere Festigung des Verbandes.

**Vermögens- und Kassenverhältnisse.**

Den Bestand der Zentralkasse mit 597 396,90 M. und den Bestand der Ortsgruppenkassen mit 95 546,37 M. eingerechnet, betrug

|   |                         |
|---|-------------------------|
| die Bruttoeinnahme  | 15 966 067,26 M.        |
| die Bruttoausgabe   | 9 789 684,80 "          |
| ergibt ein Gesamtvermögenszuwachs am Schlusse des I. Quartals | 6 176 382,46 "          |
| Den Nachweis hierüber zeigt folgende Uebersicht:              |                         |
| <b>A. Einnahmen der Zentralkasse.</b>                         |                         |
| An Kassenbestand  | 597 396,90 M.           |
| Eintrittsgeld   | 24 140,30 "             |
| Wochenbeiträgen   | 10 666 617,80 "         |
| Extrabeiträgen  | 15 618,75 "             |
| Zeitungsabonnements   | 307,22 "                |
| Bücher und Broschüren   | 119,15 "                |
| Bürobedarf  | 2154,- "                |
| Kriegsfürsorge für gefallene Krieger                          | 7 195,80 "              |
| Rückzahlung vom Agitationsfonds                               | 9 067,- "               |
| Rückzahlung von Guthaben                                      | 6 797,90 "              |
| Zinsen  | 84 831,95 "             |
| Sonstige Einnahmen  | 9 110,26 "              |
| <b>Summa</b>  | <b>11 567 087,03 M.</b> |

**B. Ausgaben der Zentralkasse.**

|   |                        |
|---|------------------------|
| Per Zentralorgan, einschl. Expedition, Schriftleitung, fremdsprachige Fachblätter und Zeitschriften | 1 154 342,48 M.        |
| Streikunterstützung und Unkosten  | 892 441,79 "           |
| Gemäßregeltemunterstützung  | 17 893,28 "            |
| Rechtschutzkosten   | 4 930,25 "             |
| Reise- und Umzugunterstützung   | 8 778,75 "             |
| Arbeitslosenunterstützung   | 664 639,88 "           |
| Strassenunterstützung   | 493 132,80 "           |
| Sterbehilfeunterstützung  | 83 423,60 "            |
| Kongresse, Konferenzen, Sitzungen   | 64 765,10 "            |
| Zuschüsse an die in Köln und Münster  | 10 662,20 "            |
| Verbandsgeneralversammlung  | 28 177,35 "            |
| Kosten der Arbeitsgemeinschaft  | 2 000,26 "             |
| Kosten der Bibliothek, Drucksachen aller Art, Broschüren und Beitragsmarken                         | 254 789,63 "           |
| Büroeinrichtung, Miete, Porto, Telefon usw.   | 224 395,- "            |
| Agitation einschl. Bezirks- u. Schulungsausschüssen   | 1 837 271,48 "         |
| Bewaltung   | 1 920 54,34 M.         |
| Beiträge zum Gesamtverband  | 121 576,15 "           |
| Zuschuß für den Hausangestelltenverband   | 13 500,- "             |
| Beiträge zur Versicherungsgesellschaft  | 48 754,12 "            |
| Umzugskosten der Zentralstelle  | 11 717,30 "            |
| Hauspand  | 139 003,- "            |
| Im besetzten Gebiet verbliebene Einnahmen   | 21 361,87 "            |
| Abgrenzung auf Wertpapieren   | 10 000,- "             |
| sonstige Ausgaben   | 20 545,39 "            |
| <b>Summa</b>  | <b>6 300 376,02 M.</b> |

**Ergebnis:**

|   |                         |
|---|-------------------------|
| Bestand der Zentralkasse am 1. Juli 1919  | 597 396,90 M.           |
| Einnahmen in der Berichtszeit             | 10 969 690,13 "         |
| <b>Summa</b>                              | <b>11 567 087,03 M.</b> |
| Ausgaben in der Berichtszeit              | 6 300 376,02 "          |
| Bestand der Zentralkasse am 31. März 1921 | 5 266 711,01 M.         |

**C.**

|   |                        |
|---|------------------------|
| Bestand der Ortsgruppenkassen am 1. Juli 1919 | 95 546,37 M.           |
| Einnahmen der Ortsgruppenkassen               | 3 118 466,03 "         |
| <b>Zusammen</b>                               | <b>3 214 012,40 M.</b> |
| Ausgaben                                      | 2 695 134,29 "         |
| Bestand am 31. März 1921                      | 518 878,11 M.          |

**D.**

|                             |                 |
|-----------------------------|-----------------|
| Einnahmen der Bezirkskassen | 1 184 967,83 M. |
| Ausgaben der Bezirkskassen  | 794 174,49 "    |
| Bestand am 31. März 1921    | 390 793,34 M.   |

**E. Obere Verbände**

|  |                         |
|--|-------------------------|
| betragen die Einnahmen der Zentralstelle | 10 969 690,13 M.        |
| außerdem die der Ortsgruppenkassen       | 3 118 466,03 "          |
| Bezirkskassen                            | 1 184 967,83 "          |
| <b>Zusammen</b>                          | <b>15 273 123,99 M.</b> |
| Die Gesamttausgabe                       | 9 789 684,80 M.         |

**Wichtiges Gesamtverhältnis**

|                                       |                        |
|---------------------------------------|------------------------|
| Davon Ueberschuß in der Zentralstelle | 5 266 711,01 M.        |
| den Ortsgruppenkassen                 | 423 331,74 "           |
| Davon Ueberschuß in den Bezirkskassen | 390 793,34 "           |
| <b>Zusammen</b>                       | <b>6 483 439,19 M.</b> |

**F. Abschluß und Vermögensnachweis.**

|  |                         |
|--|-------------------------|
| Vermögensbestand am 1. Juli 1919         | 692 943,27 M.           |
| Gesamteinnahme in der Berichtszeit       | 15 273 123,99 "         |
| <b>Zusammen</b>                          | <b>15 966 067,26 M.</b> |
| Gesamtausgabe                            | 9 789 684,80 "          |
| bleibt Bestand in Bar bezw. Wertpapieren |                         |
| a) Zentralkasse                          | 5 266 711,01 M.         |
| b) Bezirkskassen                         | 390 793,34 "            |
| c) Ortsgruppenkassen                     | 518 878,11 "            |
|  | <b>6 176 382,46 M.</b>  |

**Die Lohn- und Tarifbewegungen**

wurden in der Berichtszeit nur zum Teil statistisch erfaßt, weil das Dezernat für Tarifwesen und Statistik erst mit dem Jahre 1920 seine Tätigkeit aufnehmen konnte. Die Berichterstattung war besonders in der ersten Zeit recht mangelhaft. Es fehlte in den Bezirken an genügend geschulten Kräften. Die meisten Sekretäre waren durch die fortgesetzten Bewegungen und Verhandlungen überlastet. In den 21 Monaten der Berichtszeit war der Verband an 219 Streiks beteiligt, von denen die weit überwiegende Mehrzahl nur geringen Umfangs und von kurzer Dauer war. Größere Streiks wurden 12 geführt. Aussperrungen wurden 3 gemeldet.

Sämtliche Verbandsmitglieder waren während der Berichtszeit wiederholt an Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beteiligt. Das Hauptgewicht mußte gelegt werden auf den

**Ausbau und größere Vereinheitlichung der Tarifverträge.**

Manche Erfolge wurden nach dieser Richtung hin erzielt. Die Mantelverträge mit den allgemeinen Bestimmungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen wurden meist für größere Bezirke abgeschlossen. Die Regelung der Lohnsätze wurde mit der Zeit mehr nach Branchen für größere Industriebezirke durchgeführt. Unser Verband war Ende März 1921 an 92 Tarifverträgen beteiligt, von denen sich 10 nur auf einzelne Orte oder Einzelfirmen, 82 dagegen auf größere Bezirke erstreckten. Die Zahl der von diesen Verträgen erfaßten Betriebe betrug 6 492 mit 586 092 Arbeitern.

Außer den Bewegungen zum Abschluß oder zur Erneuerung der Tarifverträge, wurden, soweit gemeldet, noch 368 Bewegungen zur Erhöhung der Löhne und 28 zur Verbesserung sonstiger Arbeitsbedingungen geführt. Von allen Bewegungen hatten 93 Prozent für die Arbeiter Erfolg.

Nach den angestellten Erhebungen hat sich der Wochenverdienst der Mitglieder in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1921 um durchschnittlich 125,- M. erhöht. Das bedeutet bei Annahme einer Mitgliederzahl von 110 000 ein wöchentliches Mehreinkommen von 13 750 000 Mark, pro Jahr 715 000 000 M.

Trotz dieser ziffernmäßig gewaltigen Steigerung des Lohnverdienens hat sich die Lebenshaltung im allgemeinen nicht gebessert. Die Lohnerhöhungen wurden von der fortschreitenden Teuerung immer wieder überholt. Erst im Frühjahr 1921 setzte eine geringe Senkung der Indexziffern für die Unkosten der Lebenshaltung durch Preisrückgang für einige Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände ein. Seit dieser, anscheinend nur vorübergehenden Erscheinung, wehrten sich die Arbeitgeber mit aller Entschiedenheit gegen jede weitere Lohnerhöhung, obgleich fast überall die Einkommenskurve noch unter der Teuerungskurve lag. Ferner hatte durch die um diese Zeit in den meisten Textilzweigen scharf einsetzende Geschäftslage die Arbeiterschaft unter Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und entsprechendem Verdienstausfall sehr zu leiden.

**Die Steigerung der durchschnittlichen Stundenlöhne.**

Die Steigerung der durchschnittlichen Stundenlöhne liegt zwischen 40 Pfg. im August 1914 und 480 Pfg. am 15. Juni 1921. Die Steigerung beträgt demnach das 12fache.

In Wochenlöhne umgerechnet verschiebt sich das Verhältnis wesentlich zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Beispiel:

|  |             |
|--|-------------|
| im August 1914 58 Stunden à 40 Pfg.    | = 23,20 M.  |
| am 15. Juni 1921 46 Stunden à 480 Pfg. | = 220,80 M. |

Es beträgt die Steigerung der Wochenverdienste im Gegenatz zu den Stundenlöhnen also nur das 9 1/2 fache.

Wie sehr sich, trotz dieser, für manche Kreise ins Auge fallende Einkommensvermehrung, die gesamte Lebenslage für die Arbeiterschaft verschlechtert hat, kann man am besten an der Steigerung der Lebenshaltungskosten erkennen. Das statistisch-statistische Büro von R. Calwer\*) legt der Berechnung der Lebenshaltungskosten folgende Rationen zu Grunde:

Eine Familie von vier Köpfen = drei erwachsenen Personen erhält pro Woche folgende Nahrungsmittel:

|                         |         |
|-------------------------|---------|
| 25 000 Gramm Kartoffeln |         |
| 50 "                    | Reis    |
| 7 500 "                 | Brot    |
| 1 000 "                 | Schmalz |
| 500 "                   | Schmalz |
| 300 "                   | Reis    |

Auf Grund dieser Rationen ergibt sich für Groß-Berlin folgender Index pro Woche in Mark:

|  |       |        |        |        |
|--|-------|--------|--------|--------|
| Juli 1914, Jan. 1921, April 1921, Mai 1921 |       |        |        |        |
| kleine Ration                              | 6,48  | 120,22 | 106,73 | 109,75 |
| große                                      | 24,33 | 401,31 | 388,47 | 397,32 |

Die Kosten nur für die Lebensmittel sind demnach seit Juli 1914 um das 16 1/2 fache gestiegen. Nicht ein-

\*) Calwer nimmt die Ration eines Mannes als Ausgangspunkt seiner Berechnungen.

gerechnet in die Calwerische Statistik sind die Kosten für Wohnung, Heizung, Kleidung und Bildungszwecke, die einen wesentlichen Ausgabeposten in einer vierköpfigen Familie ausmachen.

Nach den neuesten Meldungen ist auch für den Monat Juni mit einer weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten zu rechnen.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß kaum ein Textilarbeiter dauernd voll beschäftigt ist. Besonders in der Zeit nach dem Kriege war fortgesetzt mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen und machten sich immer wieder Entlassungen und Kurzarbeit notwendig.

**Gewissensknechtung und kein Ende!**

Seit Monaten leidet die christlich organisierte Arbeiterschaft in Worms unter dem Druck der freigewerkschaftlichen Agitation. Eine große Anzahl Fälle, die glatten Terror darstellen, sind dem christlichen Gewerkschaftskartell gemeldet worden. Als Ausgangspunkt aller dieser Gewissensknechtung kann man eine Versammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte, Zahlstellenvorstandsmitglieder und Vertrauensleute ansehen, in der die „Rezepte“ zum Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften ausgegeben wurden. Die christlichen Gewerkschaftler haben in mehreren Betrieben in Worms ein wahres Martyrium für ihre Ueberzeugung durchgemacht.

Diesen Zuständen steht nun folgendes Verkommenis die Krone auf: Im Wassergas- und Schweißwerk waren bisher nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt, nachdem es diesen gelungen war, den letzten Christlichen zum Uebertritt in den freien Verband zu zwingen zu haben. Das Werk stellte neue Leute ein, die zum Teil durch den Arbeitsnachweis, zum Teil auf Bitten einzelner Arbeiter, darunter eines Arbeiterrates, eingestellt wurden. Als nun die Direktion wiederum mehrere Leute ohne Arbeitsnachweis einstellte und darunter zu allem „Unglück“ drei christlich organisierte Arbeiter waren, wurden diese sofort ausgedrängt, zum freien Verband überzutreten. Als das nicht gleich zog, wurde ihnen von einzelnen Arbeitern und auch einem Vertrauensmann und einem Betriebsrat erklärt, wenn sie nicht übertreten, müssen sie die Arbeitsstelle verlassen, in diesem Werk werden nur freie Gewerkschaftler geduldet. Einer ist übertreten und, obwohl er von auswärts ist, nicht weiter behelligt. Die anderen zwei bleiben standhaft. Sie waren beide arbeitslos gewesen. Der eine lange Zeit. Er war zudem noch russischer Gefangenschaft gekommen. Ihm wurde erklärt, daß, wenn er übertrete, könne er weiter arbeiten, obwohl auch er von auswärts ist.

Am 14. Juli vormittags 9 Uhr verlangte nun der Arbeiterat von der Direktion des Werkes, daß sie die zwei christlich organisierten Arbeiter entlassen solle, widrigenfalls die Arbeiterschaft die Arbeit niederlegen werde. Die Direktion lehnte dieses Ansinnen ab und erklärte, daß alle die, die bis mittags 1 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, fristlos entlassen seien. Die Arbeit wurde nicht aufgenommen, und so streikten seit 14. Juli etwa 130 Arbeiter, um zwei christliche Arbeiter auszuhebern.

Eine mehrstündige Verhandlung mit der Direktion, an der auch der Vertreter der Industriellen, sowie der christliche und freie Metallarbeiterverband teilgenommen hat, führte zu keinem Ergebnis. Die Direktion erklärt, daß sie nach wie vor keinesfalls einer solchen Gewaltpolitik weichen wird und behält sich vor, die Arbeiter einzeln wieder einzustellen.

Soweit die einwandfreien Tatsachen. Es ist überaus betrübend, daß in heutiger Zeit noch eine große Anzahl Arbeiter sich zu derart gesekwidriger, aller Moral und Gesittung höhnsprechender Gewissensknechtung gegenüber Ueberschreitenden mißbrauchen läßt.

**Allgemeine Rundschau.**

**Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften wächst.**

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren sehr erhebliche und erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Selbst die sozialdemokratische Konkurrenz kann nicht mehr umhin, die Tatsache unumwunden anzuerkennen. So schreibt die in Köln erscheinende mehrheitssozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in ihrer Nr. 132 vom 9. Juni 1921 auf Seite 5:

„Daß die christlichen Organisationen als Faktor im wirtschaftlichen Kampf gewertet werden müssen, weiß jeder, der mit den Organisationsverhältnissen einigermaßen vertraut ist. Im Ruhrrevier spielen sie eine bedeutende Rolle. Und ihr Einfluß wächst. Es wäre feige und grundlos, vor der Tatsache den Kopf in den Sand zu stecken. Soll eine uns gefährlich anmutende Erscheinung bekämpft werden, dann brauchen wir Klarheit. Wir müssen verzeichnen, daß die christlichen Organisationen im letzten Jahre ihre Position mehr oder weniger stärken konnten. Typisch dafür sind die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in einzelnen Teilen des Rheinlandes. Die christlichen Verbände gewannen Sitze, die freien Gewerkschaften hatten Einbuße. Die Verluste sind für uns nicht katastrophal. Sie sind zu ertragen. Aber sie sind typisch. . . . Der kommunistische Putschwahnsinn, verbunden mit unerträglichem Terror, hat viele Arbeiter irre werden lassen am sozialistischen Gedankens. Namentlich die, die in den letzten Jahren z

uns gekommen sind. Aber auch mancher „Aite“ ist gegangen, weil er den Druck einfach nicht mehr ertragen konnte. Den Erfolg heimsten die Christen ein.

In der Tat — die christliche Gewerkschaftsbewegung marschiert, und dieser Vormarsch wird unaufhaltsam.

Beihilfe an langfristige Erwerbslose.

Der Reichstag hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung in der Sitzung vom 2. Juni 1921 folgende Entscheidung angenommen: „Für die langfristig Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, ist den Gemeinden eine besondere geldliche Beihilfe zu gewähren, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen.“

Der Reichsarbeitsminister hat mit Erlaß vom 10. Juni 1921 hierzu folgende Richtlinien gegeben: „Als langfristig Erwerbslose sind grundsätzlich nur Personen anzusehen, die länger als 26 Wochen in der Fürsorge gestanden haben. Als durchschnittlichen Betrag, der für den einzelnen langfristig Erwerbslosen aus Mitteln des Reiches, des Landes und der Gemeinde insgesamt auszuwerfen ist, setze ich im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die Summe von 600 M. fest. Der Betrag von 600 M., vervielfacht um die Anzahl der langfristig Erwerbslosen, die ohne die Familienangehörigen an einem Stichtag in einer Gemeinde vorhanden sind, darf in keiner Gemeinde überschritten werden. Die näheren Anordnungen über eine etwaige Staffelung nach dem Familienstande und anderen persönlichen oder örtlichen Verhältnissen überlasse ich den Landesregierungen, die ihrerseits die nachgeordneten Stellen damit beauftragen können; es ist jedoch unter allen Umständen davon auszugehen, daß das individuelle Bedürfnis von Fall zu Fall geprüft werden muß.“

Die Beihilfe soll nach den Beschlüssen des Reichstages und der Reichsregierung grundsätzlich in Sachleistungen (Bekleidungsgegenständen und Schuhwerk) gewährt werden. Da es sich bei dem Hilfsmittel nur um eine einmalige Maßnahme handelt, ist ein Stichtag für die Berechtigung zum Bezuge festzusetzen. Ich stelle es den Landesregierungen anheim, diesen Tag zu bestimmen, er darf jedoch nur zwischen dem 1. und 31. Juli d. Js. liegen. Die außerordentliche Beihilfe darf nur insoweit gewährt werden, als die Länder und Gemeinden einen dem Verhältnis des § 4 der Reichsverordnung entsprechenden Betrag aus eigenen Mitteln zuschießen (also die Länder zwei Drittel, die Gemeinden ein Drittel des vom Reich zur Verfügung gestellten Betrages).

Zur Ausführung ordne ich im Einverständnis mit dem Herrn Preussischen Finanzminister folgendes an: 1. Stichtag ist der 15. Juli 1921. 2. Die Beihilfe kann an diejenigen Erwerbslosen gezahlt werden, welche am Stichtage länger als 26 Wochen hindurch ununterbrochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben. Als Erwerbslosenunterstützung gilt nicht diejenige Beihilfe, welche den Kurzarbeitern gemäß § 9 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge gezahlt wird. Als Unterbrechung der Frist von 26 Wochen sind Zeiträume von geringer Dauer, innerhalb deren Voll- oder Kurzarbeit geleistet wurde, nicht anzusehen. Solche Zeiträume dürfen im Einzelfalle einen Zeitraum von 24 Arbeitstagen nicht überschreiten. 3. Die Gemeinden errechnen nach vorstehenden Grundsätzen die in ihnen zur Verteilung gelangende Summe und teilen diese sowie die Zahl der bezugsberechtigten Erwerbslosen dem zuständigen Regierungspräsidenten unverzüglich mit. 4. Die Regierungspräsidenten geben Anweisungen über die Staffelung nach dem Familienstand, den persönlichen und örtlichen Verhältnissen. Hiernach kann innerhalb der auf die Gemeinde entfallenden Gesamtsumme im Einzelfalle der Wert der Beihilfe 600 M. überschreiten oder hinter dieser Summe zurückbleiben. Wenn die Gewährung von Sachleistungen, wozu auch Heizmaterial zu rechnen ist, unumlich erscheint, kann die Beihilfe in Geld ausbezahlt werden, so z. B., wenn der Erwerbslose glaubhaft macht, daß er damit Schulden bezahlen oder verpfändete notwendige Gegenstände einlösen will.

Der Erwerbslose hat ohne weiteres keinen Anspruch auf die Beihilfe von 600 M., vielmehr entscheidet die Gemeinde im einzelnen Falle je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bezugsberechtigten, ob eine geringere oder höhere Beihilfe zu bewilligen ist.

Die Calwerische Indeziffer für Juni 1921.

Calwer unterscheidet seit Mai d. Js. in seiner Ernährungsstatistik eine „Große Nation“ und eine „Kleine Nation“ und von beiden das arithmetische Mittel, die „Durchschnittsnation“. Der Reichsindex für die „Große Nation“, wie er durch die Ermittlung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie unter Zugrundelegung des Dreifachen der Ration eines deutschen Marinejoldaten in der Vorkriegszeit im Durchschnitt von etwa 200 deutschen Städten ermittelt wurde, beträgt 351,55 M. gegen 353,14 M. im Mai d. Js. Die Reichsindexziffer für die „Kleine Nation“, der die Kosten einer vierköpfigen Familie (gleich drei Erwachsenen) der ärmeren Volksschichten in Norddeutschland vor 50-70 Jahren zugrunde gelegt ist, errechnete sich für die gleiche Anzahl von Städten auf 107,06 M. gegen 102,02 M. im Mai d. Js. Die Reichsindexziffer der „Durchschnittsnation“ beträgt demnach 229,30 M. gegen 226,58 M. im Mai d. Js. Ein Vergleich der Ziffern beweist die Verschlechterung der Lebenshaltung oder einen größeren Aufwand für die Ernährung der unteren Klassen und auch der mittleren. Bei der Ziffer der „Kleinen Nation“ ist im Gegenjare zur „Großen Nation“ eine merkliche Erhöhung festzustellen, was klipp und klar sagt, daß alle Lebensmittel, namentlich die Kartoffeln, die vorwiegend die arbeitende Bevölkerung kauft, im

Breite bedeutend gestiegen sind. Die Veränderung der Calwerischen Indeziffer im Laufe der letzten Monate und Jahre ergibt sich aus folgender Uebersicht:

Table with 7 columns: Year (1914-1921), and 7 rows of monthly data (Januar-Dezember) showing index values.

Die Tenierung nach der Reichsstatistik im Juni 1921.

Die erneute Steigerung der Reichsindexziffer betrug für Juni 16 Punkte, sie stieg von 380 auf 396. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“, das uns heute vorliegt, ist die Entwicklung im einzelnen nach den Ergebnissen innerhalb des Reiches sehr verschieden. Auch die Bewegung der Preise ist bei den verschiedenen Lebensmitteln immer noch sehr unaußgeglichen. Zu der Steigerung haben in erster Linie Eier, Gemüse, Kartoffeln (ohne Berücksichtigung der Preise für neue Kartoffeln) und Fische beigetragen. Auch Milch, Zucker und neuerdings wieder Gas und Elektrizität zogen durchschnittlich im Preis an. Die wenigen Preis-senkungen, die festzustellen waren für Rindfleisch, Speck, Schweineschmalz, Butter, Margarine, Speiseöl usw., haben sich bekanntlich im Laufe des Juli zum größten Teil ins Gegenteil verwandelt, sodaß ein bedeutend größeres Anschwellen der Steigerung im Juli gegenüber dem Berichtsmonat zu erwarten ist. Daß die Brotausstrichmittel, Butter, Schweineschmalz und Margarine, im Preise so stark angezogen haben, fällt besonders schwer ins Gewicht. Butter ist in manchen Gegenden jetzt schon wieder nur noch zu Schleichhandelspreisen zu haben. Hier zeigt sich derselbe Vorgang wie bei der Aufhebung der Zwangsbeschaffung des Fleisches: erst Senkung der Preise infolge Ueberangebot, das durch Zurückhaltung der Ware möglich war, und dann wieder enorme Steigerung. Die Erhöhung des Margarinepreises schiebt man auf den schlechten Stand der Valuta, der wohl doch nicht von heute auf morgen den Margarinepreis beeinflussen kann.

Fort mit dem Trinkgeld!

Es ist kollegiale Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die Gastwirtsgehilfen in ihrem Kampfe um eine ausreichende feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehmertum sucht sich teilweise seiner Pflicht zur Lohnzahlung dadurch zu entziehen, daß es dem Bedienungspersonal die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Trinkgeldes offen läßt, um dadurch sein Interesse an ausreichender fester Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, das jedem kaufmännischen Gebahren widerspricht, ist besonders das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehrt euch gegen das Trinkgeldsystem und helft, die Gastwirtsangestellten als Kämpfer um sittliche Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem ihr allerorts die Befestigung der Trinkgeldentlohnung mit erreichen helft und überall da, wo durch Tarife das Trinkgeld abgeschafft ist, solches nicht mehr gebt.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund gez. P. Graßmann. Deutscher Gewerkschaftsbund gez. Broß. Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände gez. Gustav Hartmann.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Womit sollen sich die Betriebsräte nicht befassen?

Die Betriebsräte, die Interessenvertretung der Arbeiterschaft in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, haben sich schon bald nach ihrer Einrichtung Aufgaben zugewandt, die ihnen auf Grund des Betriebsrätegesetzes nicht zustanden und durch die die Interessen der Arbeiter nicht gefördert, sondern im höchsten Grade gefährdet werden. Die Betriebsräte hielten sich nämlich dazu berufen, die Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln und Bekleidung zu übernehmen. Ganz abgesehen davon, daß hierdurch die Betriebsräte von der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben abgehalten wurden, wurden dadurch aber auch die Bedürfnisse der Arbeiter nur in ganz mangelhafter Weise befriedigt.

Es war ja auch ganz klar, daß die Betriebsräte, eben weil sie auf dem Gebiete der Lebensmittel und der Bekleidung keine Sachleute waren, nicht imstande waren, vorteilhaft und nur preiswerte und gute Waren einzukaufen. Sie wurden oft ein Opfer des Schiebertums und des Schleichhandels, denen es auf diese Weise gelang, durch marktverwerrende Aktionen ihre minderwertige Ware dabei noch zu Wucherpreisen loszuwerden.

Im Interesse der Arbeiterschaft ist es zu begrüssen, daß durch die schlechten Erfahrungen wisig gemacht, die Betriebsräte zu der Ueberzeugung gekommen sind, die Beschaffung von Lebensmitteln und Bekleidung Sachleuten, also dem realen Einzelhandel, zu überlassen, der allein die so mannigfachen Bedürfnisse auf diesem Gebiete zur Zufriedenheit aller befriedigen kann. Davon zeugt auch folgendes Flugblatt, das vor einiger Zeit im Rhein-westf.

Kohlenrevier an die Arbeiterschaft und die Betriebsräte verteilt wurde:

Zur Aufklärung! für die Belegschaften und Betriebsräte des Thyssenkonzerns. In der letzten Zeit haben sich verschiedene auswärtige Firmen an die Betriebsräte herangemacht und haben teilweise mit Erfolg versucht, an die Belegschaften Anzüge und sonstige Textilwaren abzugeben. Verschiedene Betriebsräte sind auf diesen beim eingegangen und haben selbst diese Angebote den Belegschaften empfohlen, ja sogar selbst Provision angenommen. Wir sind gezwungen, auf die Gefahren und die sonst damit verbundenen direkten und indirekten Nachteile für die Arbeiterschaft aufmerksam zu machen. In den meisten Fällen handelt es sich um sogenannten Schieber- oder minderwertige Ramschware, die bei den heutigen wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen schnell an den Mann gebracht werden sollen. Durch die bisherigen Verkäufe haben wir die Erfahrung gemacht, daß es sich in den meisten Fällen bloß um ordinäre Waren handelt, die im gewöhnlichen Handel in jedem Geschäft zu demselben Preise oder zu noch billigerem Preise zu haben sind. Abgesehen von der Gefahr der Kompromittierung, die in der letzten Zeit in der Unternehmernpresse so trag zum Ausdruck kam, muß auch noch auf die kommunalpolitischen Nachteile, die dadurch entstehen, hingewiesen werden. Durch die Geschäfte, die die auswärtigen Firmen machen, werden der Stadt Hamburg Tausende Mark an Umsatz- und Einkommensteuer entzogen. Im übrigen können wir die Belegschaften nicht genug warnen, auf dieses unsaubere Geschäftsgeschäft einzugehen. Vor allen Dingen sollen die Betriebsräte dafür sorgen, daß das Unternehmertum am Jahreschlusse nicht noch mehr Material in Bezug auf Erfahrung mit den Betriebsräten zusammenbekommt. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß derartige, die Arbeiterbewegung schädigende Machinationen unterbleiben, und wo sie dennoch versucht werden, daß sie von den Arbeitern vereitelt werden. Arbeiter, hört auf unsern Rat und schafft den Verkauf auf den Werken ab!

Bez.: Christl. Bergarbeiterverband, Arbeitshilfe der freien Arbeiter-Union (Synb.), SPD, BFD, Aler Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Aus unserer Industrie.

Das Textilgewerbe im Juni.

Ueber die Lage des Textilgewerbes im Juni gibt folgende Zusammenstellung Auskunft: Nach Erzeugnissen der Baumwollindustrie war infolge des Anziehens der Baumwollpreise lebhafteste Nachfrage. Die Spinnereien, denen ausreichende Rohstoffe zur Verfügung standen, sind für zwei bis drei Monate voll beschäftigt. Die Garnpreise blieben infolge der englischen Konkurrenz weiter niedrig. Im Wollhandel wurden größere Säure bei anziehenden Preisen getätigt, was dazu führte, daß Deutschland auf den Juniwerksteigerungen in London als Hauptkäufer vertreten war. Die Aufwärtsbewegung in der Streichgarnspinnerei hielt an, die Mehrzahl der Betriebe wird über die sonst stillen Sommermonate beschäftigt haben. Die Tuchindustrie war gut beschäftigt, allerdings bei wenig gewinnbringenden Preisen. Auch für die kommenden Monate liegen bereits größere Lieferungsbestellungen aus dem In- und Auslande vor. In der Seidenindustrie erfolgte eine langsame Besserung des inländischen Geschäftes. Der Absatz nach dem Auslande besserte sich dagegen nicht. Die Samtindustrie ist gut beschäftigt, die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen wächst im Inlande. Die an sich günstigere Geschäftslage im Samt- und Seidenwarengroßhandel wurde durch die Rheinzollgrenze außerordentlich beeinträchtigt. In der Seidenweberei besserte sich der Warenabsatz unter dem Einfluß des Anziehens der Rohstoffpreise. Die schlesische Produktion hatte allerdings eine Belebung des Geschäftes wegen der Störung des Verkehrs in Oberschlesien noch nicht zu verzeichnen. In der Konfektionsbranche war das Geschäft rege bei anziehenden Preisen. Besonders für hochwertige Ware konnte eine Verteuerung festgestellt werden. Mit einer weiteren Befestigung des Marktes wurde für den Fall einer baldigen Regelung der ober-schlesischen Frage gerechnet.

In der Tritotagenindustrie herrscht außerordentlich lebhafter Geschäftsgang, so daß in der Beschaffung der Saunen Schwierigkeiten bestehen, da die Spinnereien bis ins dritte Quartal ausverkauft sind.

Genügend Baumwolle für den Weltbedarf.

Die diesjährige Baumwollernte der Vereinigten Staaten wird amtlich auf 8 443 000 Ballen geschätzt. In normalen Zeiten würde, wie aus New-York geschrieben wird, eine solch geringe Ernte eine Katastrophe bedeuten, denn diese Schätzung bedeutet, daß die Ernte nur zwei Drittel des letztjährigen Ergebnisses sein wird, aber die Zeiten sind nicht normal. Der große Ueberfluß von der letztjährigen Ernte bedeutet einen genügenden Vorrat für die kommende Saison. Die obige Schätzung enthält 16 000 000 Ballen alter und neuer Baumwolle in den Vereinigten Staaten, für die mit dem 1. August 1921 beginnende neue Saison. Im letzten Jahre war der Vorrat um ungefähr 7 1/2 Millionen Ballen größer, und war viel zu groß. Die Baumwoll-Industrie wird im nächsten Jahre genügend Baumwolle haben, selbst wenn die Verhältnisse sich bedeutend bessern sollten. Mit der im Ausland produzierten Baumwolle wird der Vorrat für die Saison 1921-22 auf 24 500 000 Ballen geschätzt. Es wird jedoch erwartet, daß Deutschland und England zu den niedrigen Preisen größere Vorräte einlegen werden, wodurch die Vorräte in den Vereinigten Staaten während der kommenden Saison eine wesentliche Abnahme erfahren werden, doch

wird immerhin noch ein bedeutender Uberschuß vorhanden sein, so daß keine Baumwollnot und keine starke Preissteigerung zu erwarten ist.

**Anderer Luxussteuer für Webwaren?**

Aus Berlin wird der *FW* geschrieben: Nach dem Umsatzsteuer-Gesetz unterliegen gewisse Gegenstände der Wäsche und Oberbekleidung im „konfektionierten“ (genähten) Zustande der Luxussteuer. Für die Entrichtung dieser Steuer haben die Hersteller des fertigen Erzeugnisses aufzukommen. Da nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen die Entrichtung von Luxussteuer dann nicht in Frage kommt, wenn man sich den zur Anfertigung eines Kleidungs- oder Wäschestückes erforderlichen Stoff in Form der Meterware käuflich erwirbt und dann durch eine dritte Person daraus das Kleidungs- oder Wäschestück anfertigen läßt, hat das kaufende Publikum in neuester Zeit häufig diesen Weg gewählt, um sich die hochwertigsten Wäsche- und Kleidungsstücke luxussteuerfrei anfertigen zu lassen. Hierdurch werden die Bekleidungsindustrie und der Einzelhandel nicht unbedeutend geschädigt; auch dem Reich gehen namhafte Steuerbeträge. Zur Abänderung dieses Zustandes ist von beteiligter Seite angeregt worden, eine

**Meterwaren-Steuer für Textilien**

einzuführen in der Weise, daß der Hersteller der ausgerichteten Meterware für die Entrichtung der Luxussteuer zu sorgen hätte. Naturgemäß würden nicht alle Meterwaren der Luxussteuer unterworfen werden können. Zielmehrer würde die Luxussteuer nur bei der Meterware in Betracht kommen, die nach der Anschauung des Verkäufers als hochwertig zu bezeichnen ist, und die erfahrungsgemäß in der Hauptsache nur bei der Herstellung der für die besterhaltenen Bevölkerungskreise in Betracht kommenden Kleidung verwandt wird. Der Reichsminister der Finanzen ist nun vor kurzem an die Fachverbände und beteiligten Kreise herangetreten, um sie zu gutachtlichen Äußerungen über die Möglichkeit einer entsprechenden Umgestaltung der Umsatzsteuer zu veranlassen. Die Feststellung der luxussteuerpflichtigen Meterware würde allerdings großen Schwierigkeiten in der Praxis begegnen. Da infolge der vielfachen Preissteigerungen nicht der Verkaufswert der Besteuerung zugrunde gelegt werden kann, so müßte nach einem Vorschlag des Reichsfinanzministeriums von der äußeren Beschaffenheit des Gewebes ausgegangen werden, also etwa von der Anzahl der Kett- und Schußfäden auf einen qm oder von der Feinheit des zur Herstellung verwendeten Garns, des Gewichts einer qm Fläche, wie das z. B. beim Sollarif der Fall ist, oder ähnlich. Der Minister macht ferner für die Durchföhrung der nach dieser Richtung hin abzuändernden Luxussteuer noch eine Reihe ins Einzelne gehender Vorschläge, die zurzeit der Beratung innerhalb der beteiligten Kreise unterliegen.

**Die amerikanischen Baumwollkredite.**

Zu der Meldung des „New-York Herald“ über deutsch-amerikanische Baumwollkreditgeschäfte ist zu bemerken, daß es sich um die durch den ehemaligen Generalpostmeister Burleson eingeleiteten Baumwollkreditgeschäfte handelt, die auf der amerikanischen Seite durch die American Products Export and Import Corporation (Kapice genannt), auf deutscher Seite durch die Darmstädter Bank in Berlin bearbeitet werden. Für die Abwicklung dieser Geschäfte wurde ein Mantelvertrag zwischen beiden Gesellschaften geschlossen, der besagt, daß die deutschen Käufer unter Inanspruchnahme der Vermittlung der Darmstädter Bank bei den amerikanischen, der „Kapice“ nachstehenden Firmen nach Genehmigung des Vertrags durch beide Vertragsschließenden selbst Baumwolle einkaufen können. Die Bezahlung erfolgt nach dem Eintreffen der Ware in Europa, doch kann der Käufer anstatt der sofortigen Barzahlung auch den durch den Vertrag möglichen, langfristigen, von der Bank verbürgten Kredit in Anspruch nehmen. Für ihn handelt es sich um einen Dollarkredit, während die Bank sich die Möglichkeit der Bezahlung in Mark oder Dollar vorbehalten hat.

**Aus unserer Bewegung.**

**Der Streit der Hausweber in Hamm.**

Im niederrheinischen Bezirk, namentlich in einzelnen Orten des Kreises Geldern, herrschte vor Jahrzehnten eine weitausgedehnte Hausindustrie. Durch die Einführung und immer weitere Ausbreitung der Web-, Seidenweberei schwand die Hausindustrie immer mehr und mehr. Jetzt sind nur noch kümmerliche Reste erhalten. Am größten ist die Zahl der Hauswebweber wohl in Hamm. Vergeßlich werden überwiegend seitdem und halbheißene Schirmhüte. Der Lohn der Hauswebweber ist im Verhältnis zu den Löhnen der Fabrikweber ein äußerst geringer. Eine Steigerung im selben Verhältnis zu den Löhnen der Fabrikweber wurde bisher von den Fabrikanten abgelehnt. Seit längerer Zeit sind die Hausweber zu der Einsicht gekommen, daß eine Verbesserung ihrer Lage nur durch festen Zusammenschluß erreicht werden kann. Sie haben sich deshalb fast reiflos unsern Verbänden angeschlossen.

Am 11. Mai überreichte man der Arbeiterin der Firma E. H. Koeffs und Comp. dieser, als größte der in Frage kommenden Firmen, die Forderung, die dahingehende Lokalität der nach Hausweber einzuführen. Die Firmen lehnten jede Lohnerhöhung, ja sogar eine Verhandlung über den Antrag ab. Daraufhin wurde unsererseits der Schlichtungsausschuß angerufen. Nach dreiwöchiger Verhandlung, in der eine Einigung nicht erzielt werden konnte, sollte derselbe folgenden Schieds-

spruch: Die jetzt geltenden Löhne sind vom 1. Juli ab um 50% und vom 1. Oktober ab um 70% zu erhöhen.

Die Firmen lehnten den Schiedspruch jedoch ab mit der Begründung, daß eine derartige Belastung von den Firmen nicht getragen werden könne. Die Firmen konnten immer noch nicht begreifen, daß die Arbeiterschaft geschlossen und einig dastand. Man glaubte nun, doch noch die Arbeiterschaft auseinander bringen zu können. Einzeln wurden die Hausweber von Angestellten der Firmen aufgesucht und zu bewegen versucht, eine Bescheinigung zu unterschreiben, daß sie mit einer Lohnerhöhung von 25% zufrieden seien und dafür die gelieferten Ketten abgeben wollten. Ein Teil der Weber, die den Schiedspruch noch gar nicht kannten, ließ sich verleiten, die Unterschrift zu geben. Diejenigen, die die Unterschrift verweigerten, sollten nun durch Ausbungerung müde gemacht werden. Die Fabrikanten verweigerten die Ausgabe von neuen Ketten, wenn der Schein nicht unterschrieben wurde.

Der von den Fabrikanten erhoffte Erfolg blieb jedoch aus; ja das Gegenteil trat ein. Fester und geschlossener stand die Arbeiterschaft zusammen. Sie erklärte sich mit den gemäßigten Webern solidarisch und trat am 18. Juli geschlossen in den Streik. Darob großes Erstaunen in den Kreisen der Fabrikanten. Daß Arbeiter, die zum Teil 25 und mehr Jahre für dieselbe Firma gearbeitet hatten, jetzt einen solchen Schritt unternahmen, konnte man nicht begreifen. Am dritten Streiktag fand jedoch schon eine Verhandlung mit den sämtlichen Firmen statt, in der dann auch eine Einigung erzielt wurde. Die Firmen verpflichteten sich, vom 1. Juli bis 15. August eine Lohnerhöhung von 25% und vom 16. August bis 30. September eine solche von 35% zu zahlen und Ketten ohne Unterschriftsleistung der einzelnen Weber auszugeben. Im September soll über die ab 1. Oktober zu zahlenden Löhne neu verhandelt werden.

**Gelesene Zeitungen**

wirft man nicht fort, sondern gibt sie an Unorganisierte oder Kolleginnen und Kollegen, die eigentlich in unseren Verband gehören, zur

**Aufklärung**

weiter.

Für die Hauswebweber in den anderen niederrheinischen Orten ist dieses eine ernste Lehre: daß nur durch Zusammenschluß Erfolge für die Arbeiterschaft zu erzielen sind. Hoffentlich finden nun auch die noch abseits stehenden Weber und Weberinnen den Weg zum Verbande, um so für die neue Bewegung im September gerüstet und gesichert zu sein.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Wachen.** Zu den Betriebsratswahlen in der hiesigen Textilindustrie. In Nr. 27 des *Textilarbeiter* vom 8. 7. 1921 wird behauptet, daß bei den diesjährigen Betriebsratswahlen der christl. Textilarbeiterverband 171 Betriebsratsmitglieder und der deutsche Textilarbeiterverband 163 Betriebsratsmitglieder erhielten. Wir unsererseits behaupten, daß diese Notiz eine glatte Unwahrheit darstellt und fordern den Artikelschreiber auf, uns an Hand von tatsächlichen Material den Beweis für seine Behauptung zu erbringen, wenn er dazu in der Lage ist. Wir unsererseits sind zu jeder Zeit bereit, den Wahrheitsbeweis der von uns z. 3. gemachten Angaben über das Ergebnis der Betriebsratswahlen zu erbringen, und liegt das Resultat auf unserem Bureau zu jedermanns Einsicht offen.

Das Wahlergebnis gliedert sich folgendermaßen: In 72 Textilbetrieben, die unter den Wächener Textiltarif fallen, erhielten

| Betriebsratsmitglieder   | Arbeiterratsmitglieder |
|--------------------------|------------------------|
| Christlicher Verband 197 | 209                    |
| Deutscher Verband 115    | 127                    |

Die rätselhaften Anzählungen unseres Verbandes jenseits wir dem Artikelschreiber.

**Landeshut (Schl.)** Kommunisten als „Volksbeglucker“. In knapp sechs Monaten haben wir im Landeshuter-Industriebezirk eine Anzahl Volksbeglucker kennen gelernt, die es mit der Ehrlichkeit nicht genau nehmen. Die Verbandsbeiträge werden gestohlen und zu eigenen Zwecken verwendet. Die Kollegen werden hintergangen und verlieren dadurch das Vertrauen zur Organisation. Diesem häßlichen Zustand muß ein Ende gesetzt werden. Die Arbeiter der Textilindustrie der größte Schaden entsteht, wollen die Kommunisten. „Auch Arbeitervertreter“ nicht verstehen. Die Laktik und ihre Erziehungsweise zeigt ja auch die schönsten Blüten. Das Betriebsrätegesetz hat den Arbeitern ein Recht gegeben, auf wirtschaftlichem Gebiete mit zu bestimmen.

Obwohl es noch lange nicht für ausreichend gilt, so muß die Arbeiterschaft erst verstehen, das Gegebene auch anzunehmen.

Die praktische Ausübung durch die Kommunisten zeigt uns in Preußen (Schlesien), folgenden interessanten Fall: Am 21. April 1921 stellte die *Fa. Böhmer, Friedrichsmühle*, eine Arbeiterin namens Pagold ein. Die Arbeiterin schloß sich dem christlichen Textilarbeiterverbande an. Das Unglück wollte es, daß das Mädchen in einem Liebesverhältnis die Folgen deselben kennen lernte.

Seit Anfang April fühlt sie sich als Mutter. In ihrem Kummer und ihrer Angst befragt sie sich bei ihren

Arbeitskolleginnen und kam das Verhältnis vorzeitig an den Tag.

Der Betriebsrat der genannten Firma glaubte hier ein Recht zum Eingreifen zu haben und verlangte von der Firma die Entlassung dieser Arbeiterin. Noch ehe die Arbeiterin zur Entlassung resp. Kündigung kommen sollte, mußte sie sich einer Unterfuchung unterziehen. Der kommunistisch orientierte Betriebsrat verlangte die Entfernung aus dem Betriebe. Die Firma gab nach und kündigte das Arbeitsverhältnis. Inzwischen ist das Mädchen 3 bis 4 Monate schwanger und findet in keinem anderen Betriebe Beschäftigung, so daß sie durch reichlich 5 Monate brotlos sein sollte. Durch das Dazwischentreten der Organisation ist es aber vermieden worden. Dieser Fall zeigt so richtig, wie ein großer Teil der Betriebsräte die Funktion und das Betriebsrätegesetz mit Füßen tritt, wie selbst gegen Arbeitskollegen „unsozial“ gehandelt, ja sogar in die persönliche Freiheit mit roher Gewalt eingegriffen wird. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß ein kommunistisch orientierter Betriebsrat am allerwenigsten das Recht habe, den Moralprediger zu markieren.

**Empfehlenswerte Literatur.**

**Lohnpolitik.** Von Reichsarbeitsminister Dr. Heinz Brauns. 12<sup>o</sup> (32) M. Gladbach 1921. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. M. 2.—. Unter den vielen schwierigen Problemen der Gegenwart spielt die Lohnfrage eine beträchtliche Rolle. Die Art ihrer Lösung beeinflusst den Gang der Wirtschaft im Innern und wirkt mitbestimmend auf die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt. Von der Gestaltung und Behandlung der Lohnfrage hängt die soziale Versöhnung der Stände, hängt der innerstaatliche Friede wesentlich ab. Dabei haben die gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahre auch für die Lösung der Lohnfrage ganz neue Voraussetzungen geschaffen, deren Entwicklung keineswegs abgeschlossen ist.

Ein Vortrag des Reichsarbeitsministers hierüber, das des Interesses breiterer Kreise gewiß sein.

**Zwei wichtige Schriften.**

Der beliebten Arbeiter-Bibliothek sind jetzt, nach langem Vergriffensein, endlich wieder neu gedruckt worden:

- 1. Die christlichen Gewerkschaften Arbeiter-Bibliothek Heft 2.

Diese Schrift schildert den Werdegang der christl. Gewerkschaften, ihre Grundzüge, Organisationen und ihre Bedeutung innerhalb der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. Preis 6.— M.

- 2. Die „Freien“ und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften bis 1907.

In dieser Schrift wird zunächst die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung behandelt, dann folgt das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratischen Partei und zum Schluß die Weiterentwicklung der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften seit ihrer Gründung. Preis 4.— M.

Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Köln-Rhein Venloerwall 6, Abtl. Sortiment.

**Besondere Bekanntmachungen.**

**Verbandsbezirk Crefeld.**

Die ordentliche Bezirkskonferenz für den Verbandsbezirk Crefeld findet am 3. und 4. September in Crefeld, Lokal „Gemeindehaus“, Weberstraße 9, statt. Beginn Samstag, den 3. September, nachmittags punkt 3 Uhr. Näheres wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Die Ortsgruppen werden gebeten, gemäß § 26 des Verbandsstatuts die erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Anträge an die Bezirkskonferenz sind bis spätestens 31. August bei den Unterzeichneten einzureichen.

Mit Verbandsgruß!

Die Bezirksleitung.

**Versammlungskalender.**

Reuggenfeld i. S. 20. August, 8 Uhr, im Lokale „Lafano“.

**Inhaltsverzeichnis.**

Arbeitsamkeit. — Artikel: Mitgliederentwicklung, Vermögens- und Kassenzustände unseres Verbandes. — Gewissensrechnung und kein Ende! — Allgemeine Rundschau: Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften wächst. — Beihilfe an langfristige Erwerbslose. — Die Calwerische Indeziffer für Juni 1921. — Die Leuerung nach der Reichstatistik im Juni 1921. — Fort mit dem Trinfelgelb! — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Womit sollen sich die Betriebsräte nicht befassen? — Aus unserer Industrie: Das Textiltgewerbe im Juni. — Genügend Baumwolle für den Weltbedarf. — Andere Luxussteuer für Webwaren? — Die amerikanischen Baumwollkredite. — Aus unserer Bewegung: Der Streit der Hausweber in Hamm. — Berichte aus den Ortsgruppen: Wachen. — Landeshut (Schl.). — Empfehlenswerte Literatur. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lammstraße 83.